





Vorstellung Rechtsanwaltskanzlei Costard Kanzlei für IT-Recht & Datenschutz

Vorstellung Rechtsanwaltskanzlei Costard Kanzlei für IT-Recht & Datenschutz

Rechtsanwalt Costard

- Abschluss des Studiums und Zulassung zur Rechtsanwaltschaft 2003.
- Gründung der Rechtsanwaltskanzlei 2003.
- Umzug der Kanzlei für IT-Recht an den Rathenauplatz 2005.
- Bearbeitung von Mandaten im Bereich des gesamten IT-Rechts, d. h. IT-Verträge, Wettbewerbsrecht, Markenrecht, Domainrecht, Internetrecht, Medien- und Urheberecht, Datenschutzrecht.
- Leitung von IT-Projekten im Lenkungsausschuss.

Weiterbildung

- Teilnahme am Fachlehrgang zum Fachanwalt für Informationstechnologierecht 2006.
- Ausbildung zum Datenschutzbeauftragten für Unternehmen beim TÜV-Nord 2005.
- Ausbildung zum Microsoft Licensing Professional (MLP) 2009.
- Mitglied in der Gesellschaft für Datenschutz und Datensicherheit GDD.
- Mitglied im ERFA-Kreis Datenschutz der IHK Nürnberg.



Vorstellung Rechtsanwaltskanzlei Costard Kanzlei für IT-Recht & Datenschutz

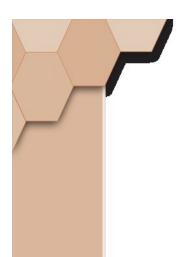
Ausbildung zum Informatiker

- Ausbildung zum Informatiker bei der Siemens AG.
- Zweieinhalbjährige firmeninterne Ausbildung zum Informatiker auf der Datenschule in München-Neuperlach.
- Konzeption, Programmierung, Test, Dokumentation und Schulung von Software im kaufmännischen Rechnungswesen.



Ausbildung zum Industriekaufmann

 Zweieinhalbjährige Ausbildung zum Industriekaufmann bei der Siemens AG im Gerätewerk Erlangen. Abschlussprüfung IHK und firmeninterne Abschlussprüfung.







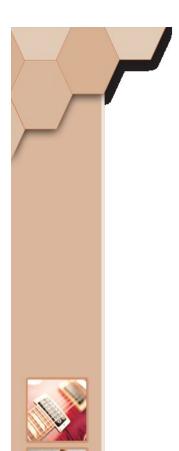
IT-Projektmanagement Projektsünden und deren rechtliche Auswirkungen



Inhalte

- 1. Einführung in das Pflichtenheft
- 2. Gesetzliche Grundlagen und vertragliche Regelungen
- 3. Das Pflichtenheft in der Projektdurchführung
- 4. Umgang mit Fehlern im Pflichtenheft und weitere Projektsünden







1. Einführung in das Pflichtenheft



Notwendigkeit im IT-Vertrag

Das Pflichtenheft wird vertragsrechtlich zum zentralen Institut des Pflichtenprogramms und zum Bestandteil eines IT-Vertrages. Der IT-Vertrag unterliegt z.T. dem Recht der Schuldverhältnisse.



§ 280 BGB

"Verletzt der Schuldner eine Pflicht aus dem Schuldverhältnis, so kann der Gläubiger Schadensersatz verlangen. (...)"

Pflichtverletzung nimmt eine zentrale Stellung ein



Zur Vermeidung, möglichst **klare und genaue** Definition und Vorgabe des Leistungsgegenstandes.

1. Einführung in das Pflichtenheft

Abgrenzung Lastenheft, Pflichtenheft

Funktion des Pflichtenhefts

- Maßstab für die Realisierung
- Referenz f
 ür die Abnahme der Leistungen
- Referenz wenn Störungen auftreten
- Abgrenzung für zusätzliche Leistungen









Verantwortlichkeiten beim Pflichtenheft

Der Auftraggeber hat zu verantworten

- Definition der Ziele des Projekts
- Bereitstellung von Informationen und Unterlagen für die Ist-Analyse des Auftragnehmers
- Definition der Anforderungen (Compliance-Anforderungen)
- "Freigabe" verfeinerter Anforderungen
- Aussagen zur Einführbarkeit von Stufen



Verantwortlichkeiten beim Pflichtenheft

Der Auftrag<u>nehmer</u> hat zu verantworten

- Methodisches Vorgehen
- Verfeinerung der Anforderungen
- Vorschläge zur Stufenplanung
- Schätzung der Realisierungskosten
- Klärung fachlicher und organisatorischer Auswirkungen
- Abweisung unberechtigter Forderungen



Mitwirkung des Auftragnehmers (1)

- Der **AN hat als Fachmann** die Pflicht, den **AG** bei der Erstellung von Software **aufklärend zu beraten**.
- Keine Prüfungspflicht des AG hinsichtlich der Kompetenz des AN.
- Weiter hat der AN die Pflicht, falls er über keine oder allenfalls unzureichende Erfahrungen verfügt, den Kunden darüber aufzuklären (z. B. als Pilot-Projekt)
- Bei Vergabe von Auftragsarbeiten an freie Mitarbeiter widerspricht bei langfristig angelegten Projekten diese Fremdvergabe der Intention des AG.
- Nach der Rechtsprechung des BGH wäre der AN über die o.g. Punkte gegenüber dem AG aufklärungspflichtig.



Mitwirkung des Auftragnehmers (2)

- Bei fehlendem Pflichtenheft oder hat der AG dem AN keine Organisationsunterlagen oder Vorgaben schriftlicher Art vorgelegt oder kann er diese nicht vorlegen, hat der AN die Pflicht, den AG auf die Konsequenzen deren Fehlens für die Projektdurchführung und die möglichen Ergebnisse hinzuweisen.
- Hinweispflicht des AN, dass er auch über eine Standard-Software verfügt, die die Kundenwünsche billiger erfüllt.



Verantwortlichkeit bei der Erstellung

Variante 1: Erstellung durch den Auftraggeber

- Das Pflichtenheft im juristischen Sinne beschreibt die Anforderungen des Kunden an Software bzw. System.
- "vereinbarte Beschaffenheit" i. S. v. §§ 434 Abs. 1 S. 1, 633 Abs. 2
 S. 1 BGB
- AG beschreibt die fachlichen Anforderungen als fachliche (Fein-) Spezifikation
- -> Bestimmung des Leistungsumfanges des AN
- **Probleme:** Sachkunde des AG?
 - Definitionen, Zusammenhang, Ausführung?



Verantwortlichkeit bei der Erstellung

Variante 2: Erstellung durch den Auftragnehmer

AN erstellt das Pflichtenheft.







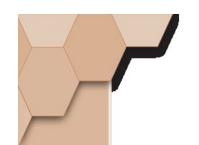


Verantwortlichkeit bei der Erstellung

Variante 3: gemeinsame Erarbeitung

- **OLG-Urteile:** Grundsätzliche Pflicht des AG zur Erstellung des Pflichtenheftes, jedoch Mitwirkung des AN bei falschen bzw. unvollständigen/mangelhaften Vorgaben.
- Dem AG kann zugemutet werden, die **Hilfe bei der Erstellung** vom AN, aufgrund dessen Fachkompetenz, einzufordern. (Vergütung).
- Vorteil: Kommunikation und genaue Festlegung, Berücksichtigung der Vorgaben und des Machbaren.









Prüfungspflichten des Auftragnehmers (1)

Ausgangssituation: AG legt AN das Pflichtenheft vor, das fehlerhaft unvollständig oder zu vage ist.

- Grundsätzlich hat der Auftraggeber für seine Angaben im Pflichtenheft selbst einzustehen.
- Der Auftragnehmer hat keine zusätzliche genuine Prüfungspflicht.

aber: Hinweispflicht des AN bei Annahme des Pflichtenhefts aufgrund seiner besonderen Fachkunde, wenn der AN in der Lage ist, die Fehlerhaftigkeit, Unvollständigkeit oder Ungeeignetheit (z. B. da viel zu vage) erkennen konnte oder hätte erkennen müssen.



Prüfungspflichten des Auftragnehmers (2)

- Der AN haftet also dann, wenn er die Mängel in den Vorgaben des AG hätte erkennen können und darauf nicht hinweist.
- Außerdem haftet der AN dann, wenn er die Mängel in den Vorgaben des AG fahrlässig nicht kannte, aber hätte erkennen müssen.
- Quotelung des Schadens zwischen AG und AN als Quote des Mitverschuldens.



Prüfungspflichten des Auftragnehmers (3)

- Prüfung auf Verständlichkeit, d.h. klar und verständlich im Hinblick auf § 307 Abs. 3 Satz 2 BGB
- Prüfung auf Vollständigkeit, Funktionalität auf der jeweiligen Abstraktionsebene
- Prüfung auf Richtigkeit, d.h. stimmen Forderungen und Wille des AG überein.



Änderungsmanagement (1)

Projektsünden

- Bei Vereinbarungen über Änderungen werden die Auswirkungen auf Termine und Fristen oft vergessen.
- Stillschweigende Verschiebung oder Verlängerung von Terminen und Fristen, ohne Regelungen im Vertrag
- Unklarheit über den Fertigstellungstermin (Abnahme) oder Streit darüber, ob ursprünglicher Fertigstellungstermin stillschweigend ebenfalls verschoben wurde



Änderungsmanagement (2)

Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes (BGH)

• Frist und Nachfrist bei Änderung des Leistungsumfangs:

"Bei einer einvernehmlichen Einarbeitung von Änderungswünschen kann eine stillschweigende einvernehmliche Aufhebung des ursprünglich vereinbarten Fertigstellungstermins vorliegen, der nicht wieder auflebt, wenn die Vertragsparteien später von dieser Erweiterung später wieder Abstand nehmen. Wird kein neuer Fälligkeitstermin vereinbart, gilt eine angemessene Frist zur Fertigstellung."



<u>Änderungsmanagement (3)</u>

Maßnahmen zur Problemlösung

 Explizite vertragliche Regelungen wie bei Änderungswünschen, Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich Prüfungsaufwand, Fortsetzung oder Stillstand des Projekts, Vergütung, Auftrag und Fortschreibung der Kalkulation (Budgetierung) zu verfahren ist.



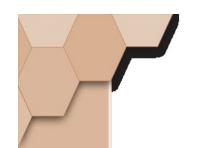
- Einführung eines sog. Change-Request- Managements
- Nützlich ist auch ein Fehlermanagement und eine Versionsverwaltung
- Reglungen hinsichtlich der rechtsgeschäftlichen Vertretung und der Wirkungen (Kosten, Termine und Kompetenzen)

3. Exkurs Quellcode

Quellcode

- Rechtsauffassungen zum Quellcode
- Mitlieferung bei Standardsoftware nicht geschuldet
- Mitlieferung bei Softwareerstellung unter Umständen Teil der geschuldeten Leistung
 - Pflichten des AG, Haftung bei Mängeln gegenüber Dritten
- Anpassung von Software, Quellcode f
 ür das Anpassungsergebnis
- Problem der Lieferung von Quellcodes im Zusammenhang mit dem Pflegevertrag / Hinterlegungsvereinbarung









Gewährleistung, Garantie und Haftung

Gewährleistung => "Haftung für Sachmängel"

Sollbeschaffenheit

Entspricht die tatsächliche Leistung der geschuldeten Beschaffenheit?

<u>Istbeschaffenheit</u>

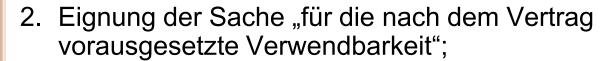
Die Istbeschaffenheit entspricht nicht den Vorstellungen des AG, Ursache Fehlverhalten?



Gewährleistung => "Haftung für Sachmängel"

Stufen der Sollbeschaffenheit nach § 434 BGB:

1. Beschaffenheit nach konkreter Vereinbarung wird geschuldet.



Anhaltspunkt: Zielsetzung im Vertrag



Gewährleistung => "Haftung für Sachmängel"

3. Ohne spezielle Vereinbarung:

Sache muss "sich für die **gewöhnliche Verwendung** eignen und eine **Beschaffenheit** aufweisen, die bei Sachen der gleichen Art **üblich ist** und die der Käufer nach Art der Sache **erwarten kann.**"

+ § 434 Abs. 1 Satz 3 BGB

Eigenschaften, die Auftragnehmer oder Hersteller öffentlich ankündigen

Produktbeschreibungen (gängige Rechtsprechung)



Risiken bei fehlendem oder mangelhaftem Pflichtenheft

Folgende Problemfälle ergeben sich in der Praxis häufiger:

- a) Das Pflichtenheft fehlt komplett, wurde eventuell "vergessen",
- b) Das Pflichtenheft ist **unvollständig** oder nicht **ausreichend detailliert**,
- c) Das Pflichtenheft ist widersprüchlich.



• Wer trägt die Verantwortung, wenn Mängel am Pflichtenheft erst während oder nach der Realisierung auftreten?





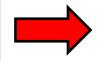
Beispiel 1

Praxisfall:

- Der AG hat keine Anforderungen gestellt
- Der AN fragte nicht nach
- Bei Abnahme äußerte der AG, dass die Software "so nicht gefalle"

BGH Entscheidung:

"Bei einem Entwicklungsauftrag ist mangels Pflichtenheft oder anderer konkreter Absprachen ein Ergebnis geschuldet, das dem Stand der Technik bei mittlerem Ausführungsstandard entspricht."



Streitpunkt: Definition "mittlerer Ausführungsstandard"



Beispiel 2

Praxisfall:

- Der AN war mit der Erstellung des Pflichtenheftes beauftragt
- Das Projekt wurde durchgeführt
- Das Pflichtenheft wurde "vergessen"

BGH Entscheidung:

"Bei einem Entwicklungsauftrag ist mangels Pflichtenheft oder anderer konkreter Absprachen ein Ergebnis geschuldet, das dem <u>Stand der Technik bei mittlerem Ausführungsstandard</u> entspricht. Das gilt auch dann, wenn die Parteien zwar vorgesehen hatten, dass der AN ein Pflichtenheft unterbreiten sollte, es dann aber zur Durchführung der Entwicklung ohne Pflichtenheftfestlegung gekommen ist.



Das >>vergessene<< Pflichtenheft wird als Leistungspflicht durch die tatsächliche Auftragsdurchführung hinfällig."



Beispiel 3

Praxisfall:

- Der AG hat ein Pflichtenheft erstellt, das allerdings nicht in allen Punkten ausreichen detailliert war
- Der AN hat die Realisierung auf Basis dieses Pflichtenheftes durchgeführt

BGH Entscheidung:

"Haben die Vertragsparteien nicht im Einzelnen vereinbart, was das zu erstellende Programm zu leisten hat, schuldet der Unternehmer ein Datenverarbeitungsprogramm, dass unter Berücksichtigung des vertraglichen Zwecks des Programms dem Stand der Technik bei einem mittleren Ausführungsstandard entspricht.



Welche Anforderungen sich hieraus im Einzelnen ergeben, hat der Tatrichter gegebenenfalls mit sachverständiger Hilfe festzustellen.



Typische Projektsünden (1)

Mangelhaftigkeit der/des

- Zielplanung
- Aufgabenbeschreibung
- Abschätzung des Umfelds
- Zusammenarbeit zwischen AG und AN
- Qualifikation der Projektleiter und Mitarbeiter
- Planung der Ressourcen
- Durchführung der Phasen
- Qualitäts- und Risikomanagements



Typische Projektsünden (2)

Unklare Vertragstypologie (1)

- der Auftragnehmer geht von einem Dienstvertrag, § 611 BGB aus
- der Auftraggeber stellt sich jedoch einen Werkvertrag, § 631 BGB vor
- Im schriftlichen Vertrag erfolgt keine durchgängige Ausprägung des Vertragstyps
- es werden dienstvertragliche Elemente mit denen des Werkvertrags vermischt
- Daher besteht Unsicherheit wie das Gericht den Vertrag einordnen wird



Typische Projektsünden (3)

Unklare Vertragstypologie (2)

Rechtsprechung des BGH vom 16.07.2002:

"...Zur Abgrenzung des Werkvertrages zum Dienstvertrag maßgeblich ist der Parteiwille. Forschungs- und Entwicklungsdienstleistungen können jeweils Gegenstand eines Dienst- oder Werkvertrages sein. Entscheidend ist, ob Dienstleitung als solche oder deren Erfolg als Arbeitsergebnis geschuldet ist...."



Abgrenzung:

- Dienstvertrag: Dienste, jedoch Erfolg nicht geschuldet
- Werkvertrag: Erfolg geschuldet, Abnahme für Vergütungsanspruch erforderlich, Verjährung beginnt nach der Abnahme

Typische Projektsünden (4)

Fehlende Projektstruktur

- Fehlende praktikable Strukturierung
- Kein klare Abfolge der verschiedenen Phasen





Handhabbare und prüfbare Phasen vorsehen!



Typische Projektsünden (5)

Fehlende Abnahmekriterien

- Fehlende Kriterien und Verfahren zur Abnahme
- Abfolge, Zeitpunkt, Testaufgaben nicht beschrieben/festgelegt



- > Test- und Abnahmekriterien vorab festlegen
- Verfahren zur Gewinnung festlegen
- Fehlerklassen und Schadenspauschalisierung

Typische Projektsünden (6)

Fehlende Mitwirkung

- Datenbeschaffung, Testsysteme, parallele Migration grundsätzlich Mitwirkung des AG
- Abstimmung der Mitwirkungsleistungen mit Zeitplan
- Rahmenbedingungen für Datenmaterial, Mitarbeiter, Subunternehmer, Hilfsmittel vorab abklären

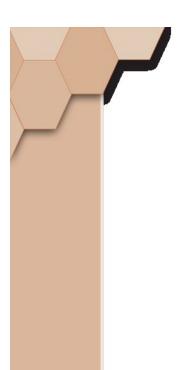


Typische Projektsünden (7)

Fehlendes Änderungsmanagement

- Explizite Regelungen für **Verfahrensweise bei Änderungs-wünschen** u.a.,
- Regelungen bezüglich rechtsgeschäftlicher Vertretung und der Wirkung
- "Zeitnachweise" !!
- Nachtragsangebote









Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Fragen werde ich Ihnen gerne beantworten.

Sie erreichen mich unter:

Rechtsanwalt Thomas P. Costard Bayreuther Str. 11, 90409 Nürnberg Tel. 0911/790 30 34

Email: anwalt@costard.com

www.costard.com

